



Antrag

der Abgeordneten **Franz Bergmüller, Uli Henkel, Ferdinand Mang, Gerd Mannes, Dr. Ralph Müller, Josef Seidl** und **Fraktion (AfD)**

Regionale Schlachtstätten unterstützen: EU-Auflagen entschärfen!

Der Landtag wolle beschließen:

Die Staatsregierung wird dazu aufgefordert, sich auf allen Ebenen für eine Entschärfung der derzeitigen EU-Auflagen für Schlachtstätten einzusetzen. Diese sollen „mit Augenmaß“ auf ein angebrachtes Niveau gesenkt werden, um auch kleineren Schlachtstätten wieder einen wirtschaftlichen Betrieb zu ermöglichen und so langfristig eine Verlagerung der Fleischverarbeitung wieder auf regionale Unternehmen zu erreichen. Die langen Tiertransporte könnten durch ortsnahe Schlachten deutlich verringert werden. Die Arbeitsbedingungen in den örtlichen Schlachtbetrieben/Metzgereien sind grundsätzlich besser als in den Großschlachtbetrieben!

Begründung:

Der aktuelle Fall „Tönnies“ zeigt die Probleme unserer derzeitigen Lebensmittelproduktion und spiegelt unsere gesamte Wirtschaftsausrichtung wieder. Die Priorität auf Exportwirtschaft bedingt die Niedrighaltung von Lebensmittelkosten, anstatt den Erzeugern faire Preise für ihre Produkte zu bieten. Das Ergebnis dieses profitorientierten Handels sehen wir derzeit an den drastischen Entwicklungen im Unternehmen „Tönnies“. Anstatt jetzt eine Verschärfung der Auflagen und Kontrollen zu fordern, müssen dringend Erleichterungen geschaffen werden, um auch kleinen Betrieben wieder ein wirtschaftliches Handeln zu ermöglichen.

Um langfristig damit sowohl das Tierwohl, als auch die Arbeitsbedingungen für Angestellte zu verbessern, brauchen wir ein Umdenken auf regionale Lebensmittelproduktion und -verarbeitung. Dieser neue Wirtschaftskreislauf würde dann auch faire Preise für die Erzeuger nach sich ziehen. Der erste Schritt muss daher jetzt sein, kleine regionale Schlachtstätten zu unterstützen, indem die ausufernden EU-Auflagen auf ein sinnvolles Maß gekürzt werden. Zudem muss sich insbesondere das Bundeskartellamt endlich seiner Verantwortung stellen und entschlossen gegen das Oligopolkartell der Handelskonzerne vorgehen. Unterpreisangebote bei Milch und Fleisch dürfen nicht weiter zugelassen werden!

Wir haben eine soziale Marktwirtschaft und das rechtfertigt auch, Leitplanken einzuziehen.

Ein Mindestpreis, ermittelt durch eine Vollkostenrechnung wie vom Bundesverband Deutscher Milchviehhalter und Bayerischen Bauernverband ermittelt, könnte zu fairen Erzeugerpreisen führen!

Wir brauchen wieder mehr Wertschätzung für regionale und nationale Lebensmittelproduktion! Ein Land muss sich selbst ernähren können, ohne seine Erzeuger sinnbildlich verhungern zu lassen!